



Klima ins Programm

Wirtschaftspolitik. Um die Wirtschaft aus der Corona-Krise zu holen, plant die Bundesregierung ein Konjunkturpaket. Wie das aussehen soll, ist noch nicht klar. Sinnvoll wäre aber ein Programm, das auch dem Klima hilft. Denn es gibt durchaus eine Reihe von Konjunkturmaßnahmen mit klimaschonender Wirkung. Zu den Befürwortern eines solchen Konjunkturpakets gehören auch viele deutsche Unternehmen, darunter die Bayer AG. So fordert deren Nachhaltigkeitschef Matthias Berninger im iwd-Interview, den Klimawandel auch in Corona-Zeiten weiter zu bekämpfen.

—> [Seiten 2-8](#)

Schwellenländer

Die Corona-Krise führt in vielen Schwellenländern zu Kapitalabflüssen, höheren Schulden und einem erheblichen Rückgang der Wirtschaftsleistung.

—> [Seite 9](#)

Mindestlohn

Die von den Gewerkschaften geforderte Anhebung des Mindestlohns würde nicht zur Armutsbekämpfung taugen, aber Arbeitsplätze gefährden.

—> [Seiten 10-11](#)

Maßnahmenmix zur Krisenbewältigung

Wirtschaftspolitik. *Um der schwächelnden Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen, diskutiert die Politik über Konjunkturmaßnahmen. Unter den Vorschlägen sind auch Konjunkturimpulse mit klimaschonender Wirkung. Denn diese würden der deutschen Wirtschaft nicht nur aus der gegenwärtigen Krise helfen, sondern sie auch für die nächste rüsten.*

Die von der Corona-Pandemie geplagte Volkswirtschaft muss wieder an Fahrt gewinnen. So weit sind sich alle einig. Weniger Konsens gibt es darüber, was konkret in dem für Anfang Juni angekündigten Konjunkturprogramm stehen soll. Steuersenkungen, Abwrackprämien, Corona-Schecks, Investitionsprogramme – an Ideen, die die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, mangelt es nicht. Wenn allerdings schon historische Summen ausgegeben werden, so die Forderung, sollte dabei eine Sache nicht zu kurz kommen: der Klimaschutz. Dieser Ruf nach einer „Green Recovery“ wurde zuletzt auch im Rahmen des Petersberger Klimadialogs laut: Anlässlich der Beratungen hatten 68 namhafte deutsche Unternehmen, darunter immerhin acht Dax-Konzerne, dazu aufgerufen, die Maßnahmen zur Klimaschutzpolitik auch in Zeiten der Corona-Krise weiterzuführen. Denn der Klimawandel und seine Folgeschäden machen keine Pause.

Zwar sinken die CO₂-Emissionen durch den Lockdown derzeit – aber nachhaltig ist dieser Effekt nicht. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass die Emissionen in Deutschland erneut ansteigen, sobald die Wirtschaftsleistung wieder an Fahrt

gewinnt – wie der Blick auf die vorherige Wirtschaftskrise zeigt (Grafik):

Schon ein Jahr nach der Finanzkrise 2009 stiegen die Treibhausgasemissionen in Deutschland sprunghaft um 35 Millionen Tonnen.

Um eine anhaltende Reduktion der Emissionen zu erreichen, braucht es somit öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, private Investitionen in emissionsarme Technologien und verlässliche Rahmenbedingungen, die Planungssicherheit für diese grundlegenden Investitionen schaffen. Allerdings sind solche Aufwendungen auch von einer wettbewerbsfähigen und innovationsstarken Industrie abhängig, die durch die Corona-Krise gerade geschwächt ist.

Deshalb wäre ein kurzfristiges Konjunkturprogramm in Kombination mit einem mittel- bis langfristigen Wachstumsprogramm optimal, das der deutschen Wirtschaft nicht nur aus der gegenwärtigen Krise hilft, sondern sie auch für die nächste rüstet.

Doch wie könnte das konkret aussehen? Dafür sollte die Bundesregierung folgende Schritte wählen:

Erstens sollte die Politik Maßnahmen beschließen, die schnell wirken, damit sie auch solchen Unterneh-

men helfen, die sich gerade noch so über Wasser halten können.

Zweitens sollten befristete Maßnahmen einen konjunkturellen Schub geben, der die baldige Erholung fördert.

Drittens sollten Maßnahmen angestoßen werden, die auf langfristige und nachhaltige Strukturveränderungen abzielen. Als Richtlinie bietet sich zum Beispiel das 2019 beschlossene einheitliche EU-Klassifikationssystem an, das Kriterien für klimaverträgliche Investments festlegt.

Auch nach der Finanzkrise wurde neben Krediten und Steuererleichterungen mehr als ein Viertel des damals von der Politik geschnürten 100-Milliarden-Euro-Pakets für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur verwendet.

Besonders erprobt, nachhaltig und wirksam sind vor allem Baumaßnahmen wie die energetische Sanierung und Optimierung von Bestandsgebäuden sowie Heizungsanlagen.

Diese Maßnahmen setzen auch – meist regionale – wirtschaftliche Impulse für die Gebäudeinfrastruktur, die immerhin für knapp 14 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich ist.

Wie vor allem bei Schulgebäuden zu sehen ist, besteht allein in der kommunalen Infrastruktur ein Sanierungsstau in Höhe von gut 138 Milliarden Euro. Dieses Problem sollte über die nächsten zehn Jahre in Angriff genommen werden, sodass die Bauunternehmen und nachgelagerte Branchen auch langfristig Planungssicherheit haben.

Aber auch infrastrukturelle Klimamaßnahmen könnten einen raschen Effekt erzielen, wie etwa der Ausbau einer emissionsärmeren Verkehrsinfrastruktur – zum Beispiel durch mehr Lademöglichkeiten für Elektroautos – und der generelle Ausbau erneuerbarer Energien.

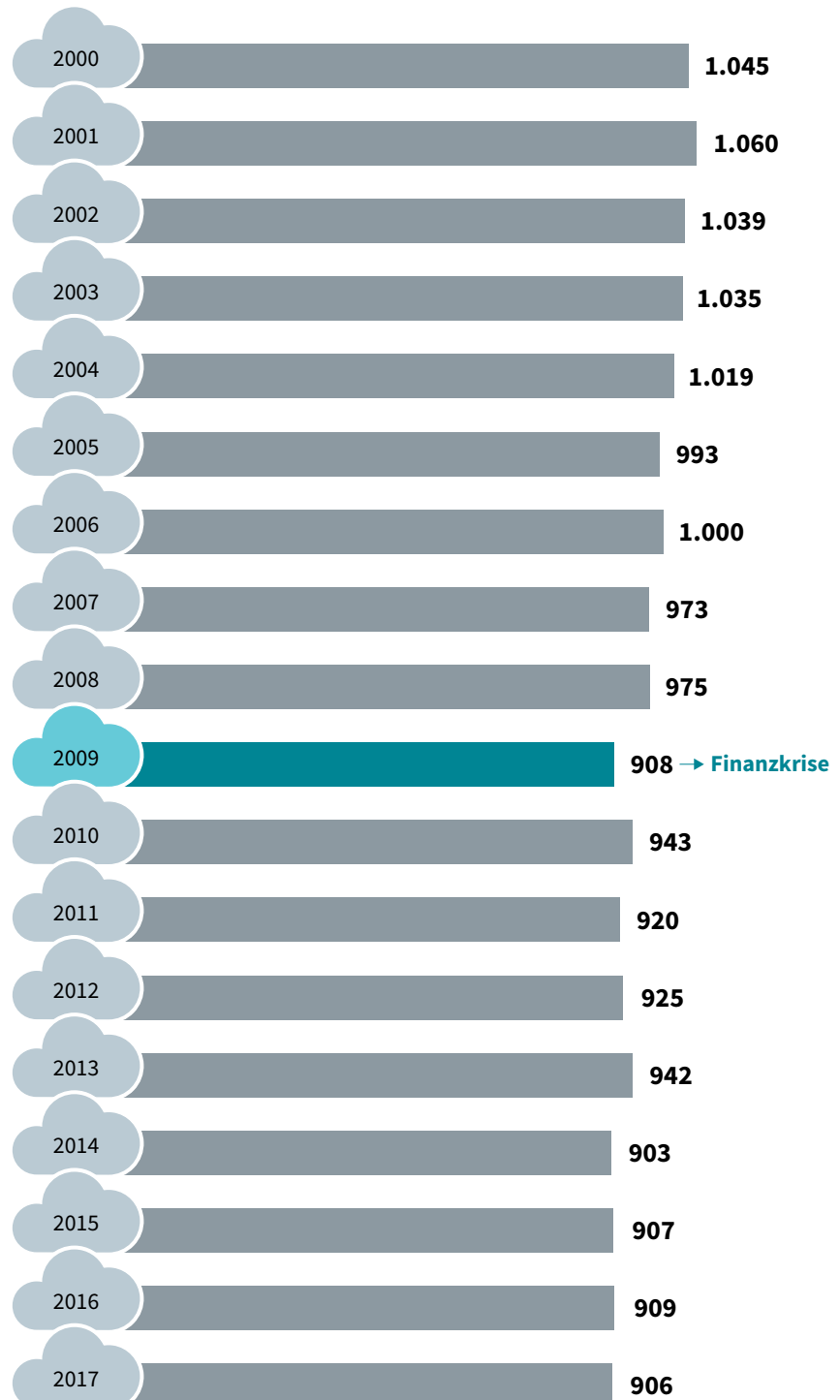
Die Corona-Pandemie, in der so viele Menschen wie nie zuvor von zu Hause aus arbeiten (siehe Seiten 14–15), verdeutlicht auch den Stellenwert der Digitalisierung. Eine weitere Infrastrukturmaßnahme ist daher ein schneller Breitbandzugang für alle Bundesbürger. Gerade das könnte auch langfristig Wachstumsimpulse in weniger besiedelte Regionen bringen und neue Geschäftsmodelle ermöglichen.

Die Digitalisierung spielt beim Klimaschutz eine Schlüsselrolle, da sie Homeoffice, Videokonferenzen – anstelle von Dienstreisen – sowie Fernunterricht ermöglicht.

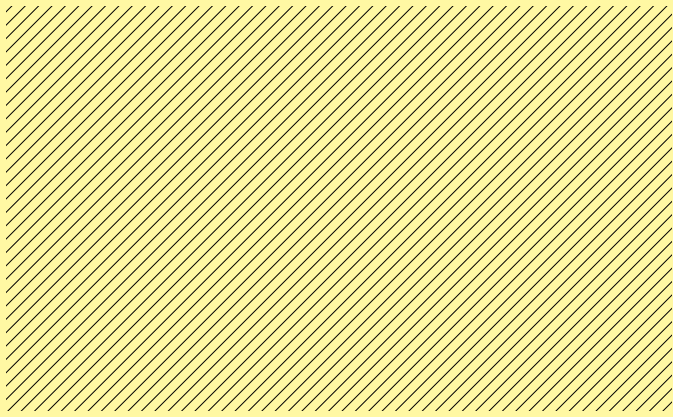
Nicht zuletzt fällt auch der klimafreundliche Umbau der Industrie in die Kategorie der strukturellen – und ohnehin notwendigen – Maßnahmen. Investitionen in Zukunftstechnologien, vor allem in die Wasserstoff- und Kreislaufwirtschaft, sind langfristig und nachhaltig – und klare Rahmenbedingungen dazu werden von Unternehmen ohnehin seit Längerem gefordert. Mit der Entwicklung dieser weltweit zunehmend gefragten Technologien könnte die deutsche Industrie ihren Vorsprung nutzen und neue Wertschöpfungsquellen erschließen.

Nur eine kurze Auszeit fürs Klima

Treibhausgasemissionen in Millionen Tonnen
CO₂-Äquivalente in Deutschland



Quelle: Umweltbundesamt
© 2020 IW Medien / iwd



Interview. 68 deutsche Unternehmen haben Ende April an die Bundesregierung appelliert, künftige Konjunkturpakete zur Bewältigung der Corona-Krise systematisch klimafreundlich auszurichten. Zu den Unterzeichnern zählt auch der Agrarchemie- und Pharmakonzern Bayer. Warum Deutschland und alle anderen Nationen den Klimawandel auch in Corona-Zeiten weiter bekämpfen sollten, erklärt **Matthias Berninger**, Leiter „Public Affairs und Nachhaltigkeit“ bei der Bayer AG.

„Die Dekarbonisierung ist ein gutes Geschäft für Bayer“

Die ganze Welt sucht fieberhaft nach einem Corona-Impfstoff. Warum setzt sich Bayer ausgerechnet jetzt für ein Klima-Konjunkturprogramm ein?

Wir sind wie viele andere Unternehmen der Pharmaindustrie daran beteiligt, Strategien gegen die Pandemie zu entwickeln – das gilt nicht nur für Impfstoffe, sondern auch für Therapien und den gesamten Bereich des Testings. Bayer hat sich dabei für Partnerschaften entschieden, die früher undenkbar waren. Es gibt im Kampf gegen Covid-19 nicht mehr die klassischen Wettbewerber – es wird nun nicht nur über die Grenzen von Ländern, sondern auch von Unternehmen zusammengearbeitet.

Die Klimakatastrophe ist, anders als die Corona-Krise, dagegen schon länger eine Herausforderung. Bayer hat sich im vergangenen Jahr entschieden, hier aktiv zu werden, weil die Klimaveränderungen ganz massive Auswirkungen auf unser Geschäft haben. Wir müssen also das Kunstwerk vollbringen, die Pandemie in den Griff zu bekommen und gleichzeitig die großen, wenn nicht sogar noch größeren Probleme rund um den Klimaschutz und die Dekarbonisierung zu bewältigen.

Wie beeinflusst der Klimawandel Ihr Geschäft?

Im Agrargeschäft leiden wir beispielsweise unter der fortschreitenden Trockenheit in Australien, in Indien ist der Zugang zu Frischwasser ein ernsthaftes Problem. In den Vereinigten Staaten wiederum gibt es zu viel Regen, vor allem im Mittleren Westen. All das wirkt sich auf ein saisonales Geschäft extrem aus. Hinzu kommen die negativen Auswirkungen von Hitze auf die Gesundheit und damit auch auf die Gesundheitssysteme. Klimaveränderungen beispielsweise sorgen für eine weitere Ausbreitung von Tropenkrankheiten. All das wirkt sich auch auf unsere Arbeit aus.

Hat das Thema Nachhaltigkeit bei Bayer infolge der Corona-Krise an Bedeutung gewonnen oder verloren?

Weder noch. Die Klimaveränderungen wirken sich direkt auf unsere Wertschöpfungsketten aus. Die Mehrzahl unserer großen Investoren will, dass wir wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz ergreifen. Und sie wollen das nicht aus PR-Gründen, sondern weil sie ihre Investments langfristig absichern möchten. Im landwirtschaftlichen Bereich forschen wir deshalb beispielsweise



Foto: Bayer

intensiv an Pflanzen, die extremen Witterungsbedingungen standhalten.

Es gibt – nicht nur in Deutschland – Unternehmen, die finden, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt sei, um noch zusätzliche Umweltauflagen zu stemmen.

Also, ich glaube, das ist der Westen von gestern.

Wie meinen Sie das?

Es rücken beispielsweise die Biologie und Rechnerkapazitäten immer stärker zusammen und ich würde mir wünschen, dass in ein Thema wie die Bioökonomie viel mehr Bewegung kommt, auch in Deutschland. Anders als bei künstlicher Intelligenz haben wir bei der Bioökonomie noch die Möglichkeit, eine Vorreiterrolle einzunehmen. Denn solche Innovationen sind nötig, um der Menschheit dabei zu helfen, sich an die kommenden Klimaveränderungen besser anzupassen.

Was sollte denn ein Klima-Konjunkturpaket konkret beinhalten?

Ein großes Thema für uns ist die Digitalisierung des ländlichen Raums. Wir wissen, dass wir durch die flächendeckende Einführung von digitalen Technologien in der Landwirtschaft nicht nur die Aussaat effektiver steuern können, sondern auch den Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln massiv reduzieren können. Die Digitalisierung kann also sehr dabei helfen, den Klimafaktor Landwirtschaft positiv zu beeinflussen.

Wenn man über Klima-Konjunkturprogramme redet, dann sollte man über Investitionen nachdenken, die langfristig die Resilienz erhöhen und wertschöpfend sind. Die Digitalisierung ist dabei eine Grundvoraussetzung, um die Wirtschaft umzustellen. Die Digitalisierung würde zum Beispiel auch ermöglichen, dass Technologien wie das Carbon Storage, also die Speicherung von CO₂ im Boden, den Durchbruch schaffen. Denn wir werden den Klimawandel nur dann bewältigen, wenn wir Energie einsparen, auf grünen Strom umsteigen und eben auch erfolgreich CO₂-Emissionen in Pflanzen und im Boden binden.

Bayer ist ein Global Player, das Unternehmen erzielt nur 5 Prozent seines Jahresumsatzes in Deutschland. Welchen Nutzen kann da ein deutsches Klima-Konjunkturpaket entfalten?

Ich hoffe, dass dieses Thema in die europäische Diskussion eingebettet wird. Und die Datenlage ist ja eindeutig: Wenn wir den Anstieg der CO₂-Emissionen nicht deutlich verlangsamen, dann werden wir nicht in der Lage sein, die heute schon feststehenden Klimaveränderungen zu bewältigen, ohne dass es zu massiven Verwerfungen kommt. Deswegen kann der Kontinent nur geschlossen an dieses Thema herangehen.

Wie realistisch ist ein globales Hilfsprogramm, das sowohl die Pandemie als auch das Klima in den Blick nimmt?

Die G-20-Staaten könnten ein solches globales Kriseninterventionsprogramm in Richtung einer resilienteren Wirtschaft anschieben, das hat auch in der Vergangenheit bei anderen Themen wie der Asienkrise und der weltweiten Finanzkrise sehr gut geklappt.

Kann Bayer trotz der Corona-Krise das Ziel, bis 2030 klimaneutral zu sein, noch erreichen?

Klar. Natürlich wird Corona vieles massiv verändern. Resilienz wird künftig ein Kernbestandteil jeder Unternehmensstrategie sein. Investoren werden fragen, wie widerstandsfähig das Geschäftsmodell gegen Klimaveränderungen ist, gegen Verwerfungen in der Bevölkerung, gegen Pandemien und vieles andere mehr. Da Dekarbonisierung ein zentrales Thema unter dem Stichwort Resilienz ist, glaube ich, dass das auch ein gutes Geschäft für Bayer ist. Wir sind ja interessant aufgestellt: Bayer ist systemisch relevant, weil wir zur Gesundheit und zur Ernährung der Menschen einen wesentlichen Beitrag leisten – wie es auch unsere Vision ausdrückt „Health for all, hunger for none“.

Die Klimaneutralität bis 2030 erreichen Sie also auch ohne ein Klima-Konjunkturpaket der Bundesregierung?

Wir haben zumindest alle Weichen dafür gestellt.

Es braucht mehr als nur eine Pause

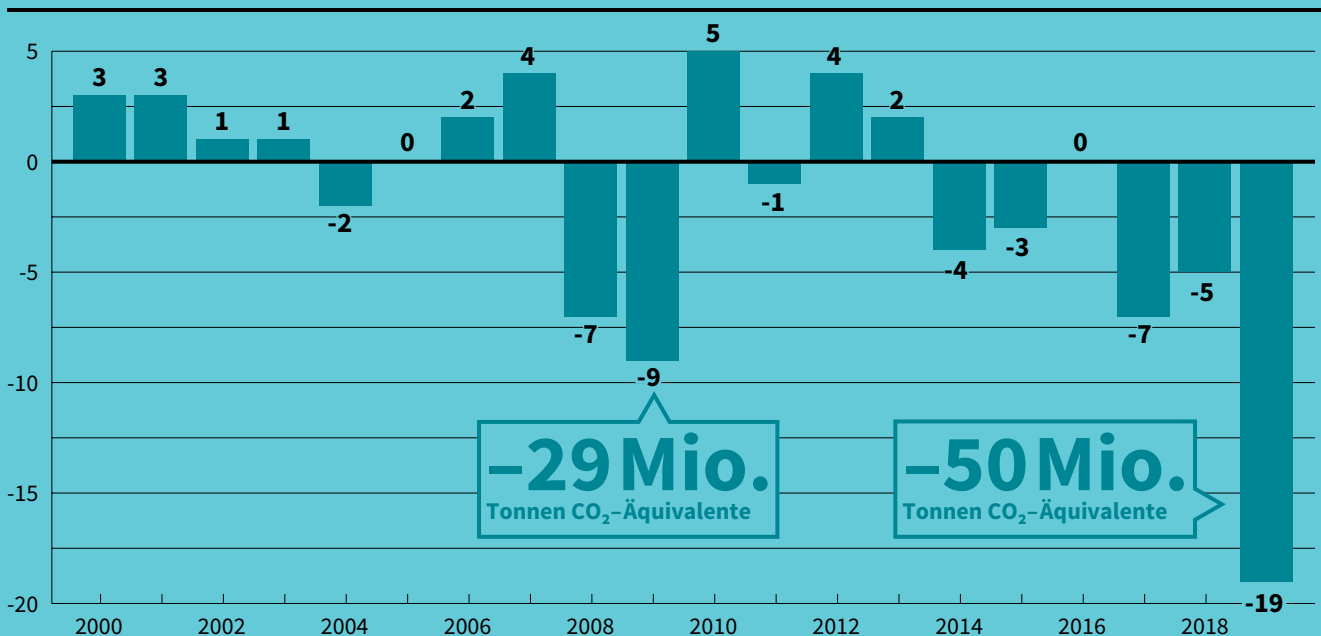
Emissionen. Durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und den Rückgang von Produktion und Konsum sinken weltweit die Treibhausgasemissionen. Das verschafft dem Klima für den Moment zwar eine Verschnaufpause – nachhaltig ist dieser Effekt allerdings nicht. Ein Blick auf den Stromsektor zeigt, dass langfristige Investitionen erfolgversprechender sind, um die Emissionen dauerhaft zu senken.

Die Ausbreitung des Coronavirus hat die Wirtschaft vielerorts schwer getroffen oder sogar zum kompletten Produktionsstopp gezwungen. Dadurch sind auch der Energieverbrauch und die Emissionen gesunken – und

zwar so deutlich, dass die Bundesregierung ihr für 2020 festgesetztes Klimaziel nun doch noch erreichen kann: die Emissionen in Deutschland gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent zu senken. Das mag auf den

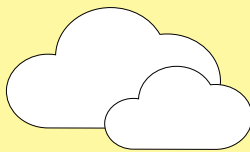
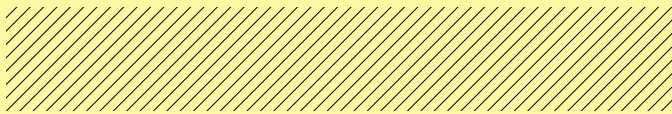
Emissionen im Stromsektor

Um so viel Prozent haben sich die Treibhausgasemissionen der deutschen Stromerzeugung im Vergleich zum Vorjahr verändert



Quellen: Umweltbundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

ersten Blick positiv erscheinen, allerdings ist es sehr wahrscheinlich, dass die Emissionen nach Ende der aktuellen Wirtschaftskrise wieder nach oben klettern werden. Zudem macht auch die Entwicklung klimafreundlicher Technologien eine Pause, wodurch langfristig sogar negative Folgen für den Klimaschutz zu erwarten sind. Auch durch die Liquiditätseingpässe von Unternehmen drohen derartige Investitionen zurückgestellt zu werden.



Deutschland sollte weiterhin auf die erneuerbare Stromversorgung setzen, um das Klimaschutzziel 2030 zu erreichen



Dabei sind gerade Investitionen in innovative, klimafreundliche Technologien der Schlüssel für eine erfolgreiche Klimapolitik.

Dies zeigt der Blick auf den Stromsektor, der 2018 einen Anteil von 31 Prozent an Deutschlands Treibhausgasemissionen hatte. Im Zuge der Corona-Maßnahmen ist derzeit durch einen geringeren Strombedarf in der Industrie ein deutlicher Rückgang beim Stromverbrauch erkennbar, der auch durch einen leicht erhöhten Bedarf der privaten Haushalte nicht wettgemacht wird. Während der letzten Wirtschaftskrise im Jahr 2009 war ein ähnlicher Rückgang des Stromverbrauchs zu beobachten, wodurch insgesamt 29 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente weniger ausgestoßen wurden. Allerdings stiegen mit dem Stromverbrauch auch die Emissionen im Folgejahr wieder deutlich an.

Viel effektiver für den Klimaschutz waren daher die zielgerichteten Maßnahmen der vergangenen Jahre, in

denen sich der Anteil der erneuerbaren Energien deutlich erhöht hat (Grafik Seite 6):

Die CO₂-Emissionen des deutschen Stromsektors nahmen im Jahr 2019 um 50 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente und damit um knapp 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr ab.

Gerade im vergangenen Jahr konnten die Emissionen des Stromsektors durch den starken Zubau der erneuerbaren Energien und den europäischen Emissionshandel deutlich gesenkt werden. Damit verursachte eine Kilowattstunde Strom im Jahr 2019 rund 30 Prozent weniger CO₂ als noch vor zehn Jahren.

Dies führt allerdings auch dazu, dass in der gegenwärtigen Corona-Krise – anders als in der Wirtschaftskrise 2009 – von einem deutlich geringeren Einfluss der gesunkenen Stromnachfrage auf die Treibhausgasemissionen auszugehen ist:

Ein vergleichbarer Rückgang der Stromnachfrage würde nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft nur noch 14 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente einsparen – und somit einen halb so großen Effekt haben wie 2009.

Deshalb sollte Deutschland weiterhin auf umfangreiche Investitionen in die erneuerbare Stromversorgung setzen – auch, um das Klimaschutzziel für das Jahr 2030 zu erreichen: die Emissionen im Energiesektor im Vergleich zu 1990 um mehr als 60 Prozent zu reduzieren. Dafür sind neben dem Ausbau der Wind- und Solarenergie vor allem zusätzliche Investitionen in Netz- und Speicherkapazitäten nötig, sodass die Versorgungssicherheit auch bei geringer Wind- und Sonnenverfügbarkeit gewährleistet werden kann.

Es gibt jedoch noch andere Sektoren mit großem Einsparpotenzial – wie den Industriesektor, der für 23 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist (Grafik Seite 8):

Den Klimaschutzzielen der Bundesregierung zufolge sollen sich die Emissionen in der Industrie bis zum Jahr 2030 im Vergleich zu 1990 halbieren.

Im Industriesektor ist damit noch viel zu tun. Laut der Deutschen Emissionshandelsstelle entfielen 2018 rund 93 Prozent der handelspflichtigen Emissionen im Industriesektor auf die Bereiche Eisen und Stahl, Chemie und Raffinerien sowie Minerale. Durch eine Elektrifizierung, also eine Umstellung von Prozessen und Technologien auf den Einsatz von Strom, lassen sich jedoch gerade im Industriesektor umfassende Mengen an CO₂ einsparen.

Voraussetzung dafür ist, dass der eingesetzte Strom klimaneutral erzeugt wird – zum Beispiel durch Wind- oder Solarenergie. Die Elektrifizierung kann allerdings nicht in allen Bereichen zur Vermeidung von Treibhausgasen eingesetzt werden, denn in Branchen wie der Stahl- oder Chemieindustrie wird man auch zukünftig auf den Einsatz chemischer Energieträger angewiesen sein. Eine Alternative zu klimaschädlichen fossilen Brennstoffen ist daher klimaneutraler Wasserstoff.

Die Stahlproduktion basiert zwar heutzutage noch größtenteils auf dem Einsatz von Kohle – durch eine Umstellung der Prozesse von Kohle auf klimaneutralen Wasserstoff könnten die Emissionen aber um bis zu 95 Prozent reduziert werden.

Neben der Stahlerzeugung werden vor allem in der chemischen Industrie große Mengen Wasserstoff als Grundstoff benötigt: Die Metallindustrie, Chemie und Raffinerien haben gegenwärtig einen Anteil von etwa 99 Prozent am globalen Wasserstoffbedarf.

Mithilfe von Wasserstoff könnten künftig auch klimaneutrale Chemikalien und synthetische Brennstoffe erzeugt werden – beispielsweise für den Straßenverkehr. Für eine CO₂-freie Anwendung muss dieser mithilfe von grünem Strom per Elektrolyse – so bezeichnet man die Aufspaltung von Wassermolekülen – erzeugt werden. Dieser Prozess braucht allerdings viel Energie – was den Bedarf an Strom aus erneuerbaren Energien in die Höhe treibt. Zudem setzt die Nutzung von Wasserstoff in großen Mengen umfangreiche Investitionen in die

Erzeugung, den Transport und die Speicherinfrastruktur voraus.

Trotz aller Möglichkeiten, CO₂ einzusparen, gibt es eine Reihe von Emissionen, die bei der Fertigung einzelner Produkte anfallen – und nicht durch Verbrennungsprozesse zur Strom- oder Wärmeerzeugung. Etwa 70 Prozent davon kommen aus den Bereichen Chemie, Minerale und Metalle, weshalb dort zusätzliche technische Lösungen nötig sind, um einen klimafreundlichen Betrieb zu ermöglichen.

Zum Beispiel entsteht rund ein Drittel der Emissionen der Zementindustrie bei der Gewinnung des Zementklinkers aus Kalkstein – dieser Emissionsanteil ist damit unabhängig vom Energiebedarf, der durch erneuerbaren Strom oder Wasserstoff gedeckt werden könnte.

Auf dem Weg zu einer weitgehenden Treibhausgasneutralität im Jahr 2050 kann es durch diese schwer vermeidbaren Emissionen notwendig werden, CO₂ in Prozessen aufzufangen, zu speichern oder in Produkten wie Kunststoff langfristig zu binden.

Auf diese Weise kann auch klimaneutraler Wasserstoff aus konventionellen Energieträgern wie Erdgas erzeugt werden, um diesen als CO₂-neutralen Energieträger einzusetzen. Für eine klimafreundliche Zukunft im Industriesektor ist neben der Stromversorgung somit vor allem der Aufbau weiterer Infrastruktur – beispielsweise zu Transport- und Speicherzwecken von Wasserstoff – notwendig.

Klimaschutz: Deutschland hat noch viel vor

Treibhausgasemissionen in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente

	1990	2018	Ziel 2030: 55 Prozent weniger CO ₂ -Emissionen im Vergleich zu 1990
Energiewirtschaft	466	311	183
Industrie	284	196	143
Gebäude	210	117	72
Verkehr	163	162	98
Landwirtschaft	90	70	61
Abfallwirtschaft und Sonstiges	38	10	5
Insgesamt	1.251	866	562

Ziel 2050:
Weitgehende
Treibhausgas-
neutralität

Der Kollaps droht

Schwellenländer. Die Corona-Krise stellt nicht nur das Gesundheitssystem in vielen Schwellenländern auf eine harte Probe. Auch deren oftmals bereits angeschlagene Wirtschaft steht vor schweren Zeiten.

Nachdem zunächst hauptsächlich Industriestaaten stark vom Coronavirus betroffen waren, verbreitet sich der Erreger nun auch in den Schwellenländern. Russland und Brasilien verzeichneten zuletzt stark steigende Infektionskurven. Die Staaten reagieren mit unterschiedlichen Beschränkungsmaßnahmen.

Doch selbst wenn die Schwellenländer das Coronavirus in nächster Zeit in den Griff bekommen sollten, droht ihnen an anderer Stelle eine schwerwiegende Krise:

Zusätzlich zu den Problemen, die alle Länder betreffen, kommen bei den Schwellenländern noch eine hohe Verschuldung, eine rasch zunehmende Kapitalflucht und eine Abwertung der Landeswährungen hinzu.

Besonders schwierig ist die Situation für Länder, die stark vom Tourismus abhängen. Auch große Rohstoffexporteure wie Saudi-Arabien, Russland oder Nigeria sind durch deutlich gesunkene Preise unter Druck.

Viele ausländische Investoren sind verunsichert und ziehen ihr Kapital aus den Schwellenländern ab. Laut dem Institute of International Finance waren es im März 2020 gut 83 Milliarden Dollar. Und auch die Aussichten sind wenig rosig (Grafik):

Für 2020 rechnet das Institut nur noch mit ausländischen Kapitalströmen von 304 Milliarden Dollar, zum Vergleich: 2019 waren es noch 678 Milliarden Dollar.

Die Abwertung der Währungen – der Mexikanische Peso zum Beispiel hat gegenüber dem Dollar seit Anfang Februar 27 Prozent verloren – führt zudem dazu, dass die Schwellenländer ihre Schulden schwerer begleichen oder neue aufnehmen können.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet damit, dass die Wirtschaftsleistung in den Schwellenländern 2020 schrumpfen wird – am stärksten in Lateinamerika (minus 5,2 Prozent), den aufstrebenden Ländern Europas (minus 5,2 Pro-

zent) sowie im Nahen Osten und in Zentralasien (minus 2,8 Prozent).

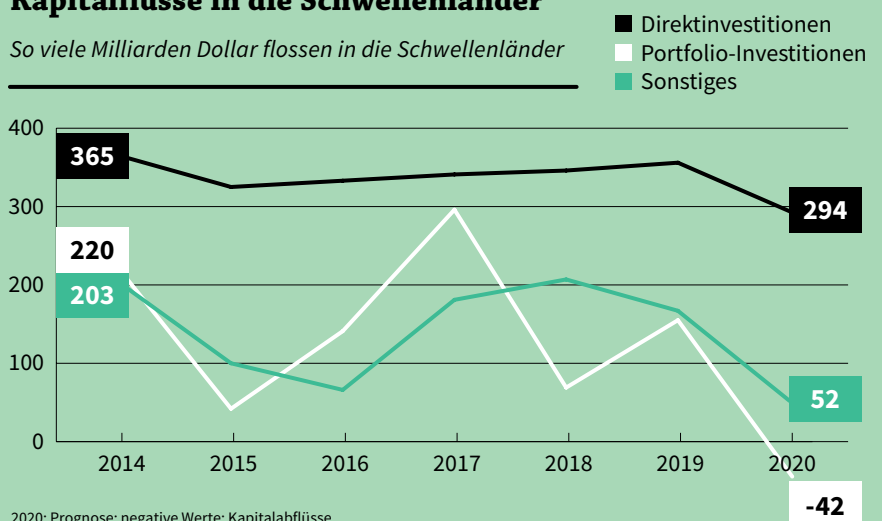
In den meisten Schwellenländern sind keine großen staatlichen Hilfspakete zur Konjunkturstabilisierung möglich. Der IWF unterstützt gefährdete Länder jedoch durch verschiedene Kreditfazilitäten. Und die G-20-Staaten haben ein Schuldenmoratorium für Entwicklungsländer beschlossen. Ob die Schwellenländer mit all dem die Krisenzeit überbrücken können, bleibt abzuwarten.

IW-Kurzbericht 57/2020

Sonja Beer: Die Corona-Krise in den Entwicklungs- und Schwellenländern – Eine Katastrophe naht
iwkoeln.de/schwellenlaender

Kapitalflüsse in die Schwellenländer

So viele Milliarden Dollar flossen in die Schwellenländer



2020: Prognose; negative Werte: Kapitalabflüsse

Schwellenländer: Indien, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea, Thailand, Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Ägypten, Libanon, Nigeria, Saudi-Arabien, Südafrika, Vereinigte Arabische Emirate, Tschechien, Ungarn, Polen, Russland, Türkei, Ukraine

Portfolio-Investitionen: Übertragungen inländischen Kapitals ins Ausland zum Erwerb von Forderungen, die keine direkten Eigentumsrechte begründen, z.B. Anteile an Immobilienfonds

Direktinvestitionen: Kapitalexport eines Landes mit dem Ziel, im Ausland Immobilien zu erwerben, Betriebsstätten oder Tochterunternehmen zu errichten, Unternehmen zu erwerben oder sich an ihnen mit einem Anteil zu beteiligen, der einen entscheidenden Einfluss auf die Unternehmenspolitik gewährleistet

Quelle: Institute of International Finance
 © 2020 IW Medien / iwd

Vorsicht ist geboten

Mindestlohn. Dank des langjährigen Konjunkturbooms hat die deutsche Wirtschaft die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 bislang ohne größere Beschäftigungsverluste verkraftet. Das könnte sich bald ändern, wollen die Gewerkschaften doch ungeachtet der Corona-Krise eine kräftige Anhebung der unteren Lohngrenze durchsetzen. Ihr Argument, ein höherer Mindestlohn würde das Armutsrisiko senken, ist allerdings wenig stichhaltig.

12 Euro je Stunde – auf diesen Betrag soll der Mindestlohn in Deutschland demnächst steigen, wenn es nach den Vorstellungen von Gewerkschaften und einigen Politikern geht. Das wäre gegenüber dem heutigen Niveau von 9,35 Euro ein Anstieg um mehr als 28 Prozent.

Dabei ist Deutschland schon heute in Sachen Lohnuntergrenze keineswegs knauserig, wie ein europaweiter Vergleich zeigt. Bislang haben 21 europäische Länder einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt – schaut man auf die nominal gezahlten Beträge, steht Deutschland in diesem Ranking auf Platz sieben.

Den höchsten Mindestlohn gibt es mit 12,38 Euro je Stunde in Luxemburg, am wenigsten bekommen Mindestlohnbezieher in Bulgarien mit 1,87 Euro je Stunde.

Allerdings weicht das Preisniveau in den einzelnen europäischen Staaten stark voneinander ab. Demzufolge können sich die Menschen von ihrem Mindestlohn unterschiedlich viel leisten. Berücksichtigt man diesen Kaufkrafteffekt und rechnet alle Mindestlöhne auf das deutsche Preisniveau um, rutscht Deutschland mit den für seinen hohen Wohlstand relativ niedrigen Lebenshaltungskosten in der Rangliste ein ganzes Stück nach oben (Grafik):

Im europäischen Ranking der kaufkraftbereinigten Mindestlöhne steht Deutschland auf Rang vier – nur in Luxemburg, Frankreich und den Niederlanden ist die Kaufkraft des Mindestlohns noch etwas höher.

Insgesamt schrumpft das Mindestlohngefälle durch die Kaufkraftbereinigung – Schlusslicht ist nun Lettland mit einem Stundensatz von 3,59 Euro.

Ein zentrales Argument jener, die eine deutliche Anhebung des Mindestlohns in Deutschland befürworten, ist, dass nur ein höherer Mindestlohn wirksam gegen das Phänomen „Armut trotz Arbeit“ helfen könne. Dies hieße umgekehrt, das heutige Mindestlohnniveau wäre dazu nicht ausreichend.

Nach international gültiger Konvention gilt als armutsgefährdet, wer weniger als 60 Prozent des mittleren, bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Nettoeinkommens verdient. Diese Rechnung berücksichtigt, dass Mehrpersonenhaushalte, pro Kopf gerechnet, einen geringeren Bedarf an bestimmten Gütern haben – zum Beispiel kommt ein Haushalt in der Regel mit einer Waschmaschine aus, egal, ob dort ein Single oder ein Ehepaar mit Kindern wohnt.

So gemessen, erfüllt der Mindestlohn in Deutschland bereits heute weitestgehend das Kriterium, Armut zu vermeiden. Denn im Jahr 2018 kam ein Vollzeitbeschäftigter, der auf Mindestlohnbasis arbeitete, im Monat nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben auf knapp 98 Prozent der Armutsgefährdungsschwelle – der Beschäftigte konnte also mit seinem Verdienst seinen Lebensunterhalt im Wesentlichen aus eigener Kraft bestreiten.

Darüber hinaus ist schon die Vermutung falsch, dass Mindestlohnempfänger in besonderem Maße von Einkommensarmut betroffen seien. Zum einen leben sie häufig zusammen mit anderen Personen, die ein höheres Einkommen erzielen. Zum anderen ist für das Risiko der Einkommensarmut vor allem die Arbeitszeit ausschlaggebend:

Von den Vollzeitarbeitnehmern mit einem Stundenverdienst zwischen dem Mindestlohn und 10 Euro liegen lediglich 12 Prozent unter der Armutsgefährdungsschwelle.

Dieser Anteil ist nicht nur deutlich geringer als in der Bevölkerung insgesamt (16,7 Prozent), sondern auch gerade mal knapp halb so hoch wie bei den Teilzeitbeschäftigten aus derselben Stundenlohnkategorie mit 27 Prozent.

Naheliegenderweise verringert sich die Armutsgefährdungsquote von Vollzeitbeschäftigten mit steigendem Stundenlohn. Das heißt nun aber keineswegs, dass diese Quote drastisch sinken würde, wenn der Mindestlohn angehoben wird. Dies zeigt eine Simulation auf der Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels. Zugrunde gelegt wurde dabei eine Erhöhung des Mindestlohns um 22 Prozent. Ein solches Plus wäre erforderlich, um den Mindestlohn im kommenden Jahr von voraussichtlich 9,80 Euro – auf dieses Niveau würde der Satz den bisherigen Regeln zufolge steigen – auf das von Gewerkschaften gewünschte Niveau von 12 Euro anzuheben. Die Folge:

Steigen alle Stundenverdienste ab 9,80 Euro auf mindestens 12 Euro, sinkt die Armutsgefährdungsquote der Beschäftigten schätzungsweise nur um 0,8 Prozentpunkte.

Bezogen auf die gesamte Bevölkerung ist sogar lediglich mit einem Rückgang der Quote um 0,5 Punkte zu rechnen.

Dabei unterstellt die Simulation sogar, dass die Unternehmen auf die gestiegenen Lohnkosten nicht mit einer Verkürzung der Arbeitszeiten reagieren und die deutliche Erhöhung des Mindestlohns auch keine negativen Beschäftigungseffekte verursacht.

Genau dies ist vor dem Hintergrund der Corona-Krise jedoch eine sehr optimistische Annahme – schließlich trifft die Krise nicht zuletzt jene kleinen Dienstleistungsbetriebe besonders hart, die Mindestloohnerhöhungen ohnehin am stärksten zu spüren bekommen. Eine Anhebung des Mindestlohns über die bisher geübte Praxis hinaus könnte deshalb in erheblichem Maße zusätzliche Arbeitsplätze kosten. Und wer keinen Job hat, für den steigt das Armutsrisiko erheblich – 57 Prozent der Arbeitslosen in Deutschland liegen mit ihrem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle.

Mindestlohn: In Deutschland relativ hoch

Europäische Länder mit einem gesetzlichen Mindestlohn, im Jahr 2020 in Euro

■ Kaufkraftbereinigt und umgerechnet auf deutsches Preisniveau
■ Nominal

Luxemburg	10,20	12,38
Frankreich	9,60	10,15
Niederlande	9,44	10,14
Deutschland	9,35	9,35
Belgien	9,07	9,66
Vereinigtes Königreich	8,31	9,35
Irland	8,03	9,80
Slowenien	6,68	5,44
Spanien	6,50	5,76
Polen	6,41	3,50
Litauen	5,90	3,72
Rumänien	5,65	2,81
Tschechien	5,02	3,40
Slowakei	4,95	3,33
Ungarn	4,85	2,85
Kroatien	4,83	3,17
Griechenland	4,65	3,76
Portugal	4,60	3,83
Estland	4,53	3,48
Bulgarien	3,86	1,87
Lettland	3,59	2,54

Quellen: Eurostat, OECD, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report 18/2020

Hagen Lesch, Christoph Schröder: Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns

iwkoeln.de/mindestlohn

Von wegen Inflationssgefahr

Geldpolitik. Das vorrangige Ziel der Europäischen Zentralbank ist es, die Preise im Euro-Raum stabil zu halten – konkret bedeutet das eine Inflationsrate von knapp unter 2 Prozent. Die Corona-Krise könnte das zu einer Herkulesaufgabe machen. Allerdings nicht, weil es ob der staatlich verordneten Geldschwemme zu einer zu hohen Inflation kommt, sondern weil eine Deflation immer wahrscheinlicher wird – aus einer Reihe von Gründen.

Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt, soll Wilhelm Busch geunnt haben. Die Urheber-schaft ist zwar bis heute umstritten; der Wahrheitsgehalt der Aussage indes nicht. Auch in der Corona-Krise könnte sie sich bewahrheiten. Denn viele erwarten einen spürbaren Anstieg der Inflation. Schließlich hat die deutsche Bundesregierung Hunderte Milliarden Euro in den Markt gepumpt, um die Wirtschaft zu stützen, und die meisten anderen

Staaten handeln ähnlich. Und zumindest theoretisch führt ein Mehr an Geld zu höheren Preisen.

Doch in der konkreten Krise gilt dieser Wirkmechanismus nicht, wie das IW analysiert hat. Vielmehr stehen die Zeichen auf Deflation – aus sechs Gründen:

1. Verschuldete Unternehmen:

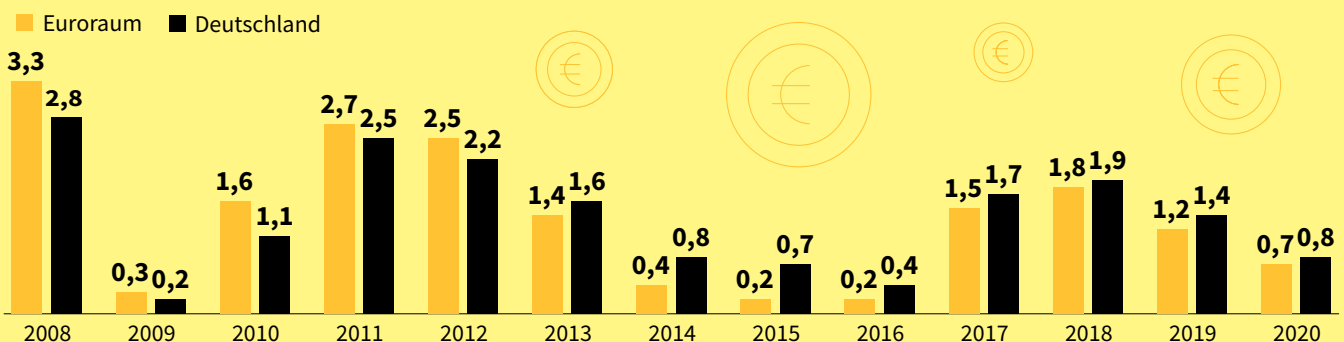
Damit die Firmen in der Krise liquide bleiben, können sie staatlich geförder-t günstig Kredite aufnehmen. Das bewahrt sie vor der Zahlungsunfä-

higkeit. In den nächsten Jahren müssen die Unternehmen diese Schulden allerdings erst einmal zurückzahlen und dafür auf absehba-re Zeit große Investitionen hintan-stellen. Die Nachfrage nach Investi-tionsgütern bleibt also aus, die entsprechenden Preise stagnieren oder werden sogar sinken.

2. Wenig Nachholeffekte: Der Lockdown der vergangenen Monate hat dazu geführt, dass Menschen nicht ins Restaurant, nicht in Konzer-

Inflationsrate: Schon lange niedrig

Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber Vorjahr in Prozent



2020: Euroraum: Ende März, Deutschland: Ende April

Quelle: Eurostat
© 2020 IW Medien / iwd

te oder zu Fußballspielen gegangen, geschweige denn in den Urlaub gefahren sind. Nur wenige dieser Aktivitäten werden sie in den kommenden Monaten nachholen. Und selbst bei den Friseuren wird es höchstens kurzfristig eine höhere Nachfrage geben als vor der Krise.

3. Lagerabbau: Vor allem Toilettenpapier haben die Bundesbürger in Lockdown-Zeiten gehamstert, was ihnen international einigen Spott einbrachte. Aber auch mit anderen Produkten haben sie sich eingedeckt, wie übrigens auch die Menschen in anderen Staaten. Die privaten Vorratskammern sind also gut gefüllt und werden erst einmal geleert, bevor neu gekauft wird.

4. Unsicherheit: Deutschland ist bislang relativ glimpflich durch die Pandemie gekommen. Viele Schutzmaßnahmen sind bereits gelockert, andere Öffnungen angekündigt. Dennoch ist für viele Menschen unklar, wie die Corona-Krise weiter verlaufen wird. Einige Experten rechnen beispielsweise mit einer zweiten Infektionswelle, auf die die Politik mit einem neuerlichen Lockdown reagieren könnte.

Diese Unsicherheit führt dazu, dass Unternehmen und Bürger das Risiko scheuen – sie werden sich deshalb beispielsweise beim Investieren in neue Maschinen oder mit Urlaubsbuchungen erst einmal weiter zurückhalten.

5. Mehr Preistransparenz: Des einen Leid war in der bisherigen Krise des anderen Freud – der Online-Handel war der eindeutige Corona-Profitteur. Es ist zu erwarten, dass auch weiterhin mehr online geshoppert werden wird als vor dem Lockdown. Auch das wirkt gegen Preissteigerungen. Denn im Internet sind Kosten deutlich besser und schneller zu vergleichen als im stationären Handel und der Wettbewerbsdruck ist dadurch höher.

6. Ölpreis: Seit jeher ist der Preis für das schwarze Gold Inflationstreiber Nummer eins. Aktuell ist der Preis für Rohöl so niedrig wie selten:

Lag das Barrel Brent-Öl Anfang des Jahres noch bei knapp 70 Dollar, waren es vier Monate später nur noch 20 Dollar.

Kurzzeitig mussten die amerikanischen Ölproduzenten an der Börse sogar Geld zahlen, um den Rohstoff loszuwerden. Und es ist nicht zu erwarten, dass die Nachfrage nach Erdöl rasch wieder deutlich steigen wird.

Doch in der Summe der genannten Gründe dürfte dieser eine Aspekt nicht stark genug ins Gewicht fallen. Im Ergebnis wird es 2020 also keinesfalls eine hohe Inflationsrate geben. Viel wahrscheinlicher ist eine Deflation – erste Anzeichen finden sich bereits in der Statistik (Grafik):

Im April betrug die Inflationsrate in Deutschland nur noch 0,8 Prozent – immerhin 0,5 Prozentpunkte weniger als im März.

Das Gleiche zeigt sich für den Euroraum. Und Ähnliches konnte man übrigens schon um das Jahr

Eine Deflation gilt unter Experten als deutlich gefährlicher als eine etwas stärkere Inflation

Zwar nimmt der Warenverkehr langsam wieder Fahrt auf, weil immer mehr Staaten ihre Wirtschaft hochfahren. Doch die Reisebranche wird sicherlich noch Monate – manche Experten sprechen von Jahren – brauchen, um zu ihrem gewohnten Geschäftsumfang zurückzukehren.

Das hat zwei Gründe: Erstens werden die Reisebeschränkungen – gerade international – nur langsam aufgehoben. Gleichzeitig werden viele Leute es vorerst nicht riskieren, sich im Ausland oder auf dem Weg dorthin zu infizieren, und deshalb lieber zu Hause bleiben.

Zweitens hat die Krise gezeigt, dass viele Dienstreisen gar nicht notwendig sind und durch Online-Meetings ersetzt werden können.

Zwar könnte die Angst vor einer Infektion dazu führen, dass Menschen eher mit dem Auto als dem ÖPNV fahren – was die Ölnachfrage etwas erhöhen würde.

2015, also nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, in einigen europäischen Staaten beobachten:

In Griechenland und Spanien beispielsweise gab es über mehrere Monate eine Deflation.

Für die Finanzpolitik in Europa gilt es deshalb, sich mit aller Kraft gegen die Deflation zu stemmen – zum Beispiel, indem sie es Unternehmen über steuerliche Erleichterungen ermöglicht, zeitnah neu zu investieren.

Denn eine Deflation gilt unter Experten als deutlich gefährlicher als eine etwas stärkere Inflation – eine Deflation kann nämlich schnell zur selbst erfüllenden Prophezeiung werden: Weil Konsumenten und Unternehmenslenker sehen, dass Preise sinken, fangen sie an, auf noch größere Schnäppchen zu warten, statt zu kaufen oder zu investieren – und der Schaden für die Volkswirtschaft wird immer größer.

Mit wachsender Begeisterung

Homeoffice. Manche wollen es, können aber nicht, weil ihre Tätigkeit es nicht erlaubt. Andere könnten, bevorzugen aber eine strikte Trennung zwischen Beruf und Privatem. Wieder andere verfügen nicht über die technische Ausstattung, um von zu Hause aus zu arbeiten. Das Thema Homeoffice ist komplex und birgt aufgrund seiner vielen Facetten auch Anlass zu Missverständnissen.

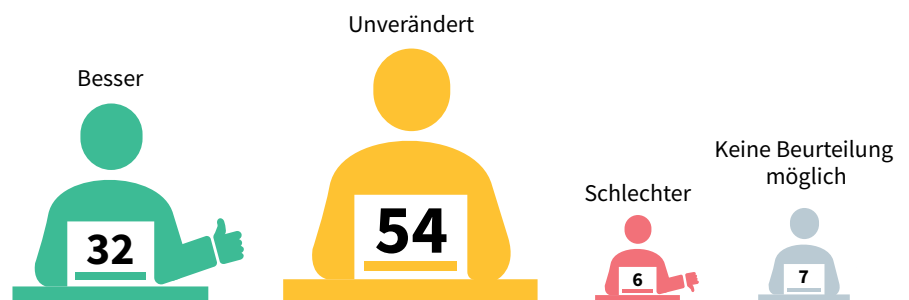
Ein zentrales Missverständnis betrifft die Definition: Vielen Betrieben ist nicht bewusst, dass Homeoffice im Sinne von Telearbeit ein juristisch definierter Begriff ist, der dem Arbeitgeber zahlreiche Pflichten auferlegt: Seit 2016 gelten Telearbeitsplätze als „... vom Arbeitgeber fest eingerichtete Bildschirmarbeitsplätze im Privatbereich der Beschäftigten, für die der Arbeitgeber eine mit den Beschäftigten vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit und die Dauer der Einrichtung festgelegt hat“. Dieser Telearbeitsplatz muss vom Arbeitgeber eingerichtet werden und die Bedingungen der Telearbeit sind arbeitsvertraglich oder im Rahmen einer Vereinbarung festzulegen.

Spricht man dagegen vom mobilen Arbeiten, ist dies nicht gesetzlich geregelt. Selbstverständlich gilt allerdings auch hier das Arbeitszeitgesetz – und die Beschäftigten tragen eigenverantwortlich Sorge dafür, die Arbeits- und Gesundheitsvorschriften einzuhalten. Der Arbeitgeber muss jedoch keinen Arbeitsplatz in den Wohnräumen des Mitarbeiters einrichten.

Nun mussten aufgrund der Corona-Pandemie viele Beschäftigte unverzüglich ins Homeoffice wechseln, um das Kontaktverbot zu befolgen. Daher hatten die Arbeitgeber in den meisten Fällen weder Zeit noch

Zwangs-Homeoffice: Mehr Akzeptanz als Ablehnung

So viel Prozent der Berufstätigen in Deutschland, die aufgrund der Corona-Krise von zu Hause aus arbeiten, beurteilen das Thema Homeoffice im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie nun wie folgt



Befragung von 706 Berufstätigen Ende März 2020, die das Internet nutzen und während der Corona-Krise im Homeoffice gearbeitet haben

Quelle: Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Gelegenheit, die Regelungen für Telearbeit zu befolgen. Daher sind die meisten dieser „Ad-hoc-Arbeitsplätze“ im Homeoffice keine Telearbeitsplätze im rechtlichen Sinn.

Laut einer Studie des Bayerischen Forschungsinstituts für Digitale Transformation, das Ende März rund 1.600 Erwerbstätige in Deutschland befragte, arbeiten aktuell 43 Prozent der Berufstätigen mit Internetzugang zumindest ab und zu im Homeoffice. Vor der Corona-Krise taten dies nur 35 Prozent der Befragten.

Wie intensiv das Homeoffice aktuell genutzt wird, ist auch eine Frage der Branche (Grafik Seite 15):

Den höchsten Anteil an Homeoffice-Beschäftigten gibt es mit

59 Prozent in der Informations- und Kommunikationsbranche.

Auch in der Energieversorgung (54 Prozent) und im Bildungswesen (48 Prozent) ist der Anteil der Mitarbeiter, die von zu Hause aus arbeiten, vergleichsweise hoch, stellte das Forschungsteam Data Science an der Universität Mannheim fest.

Insgesamt saß in der ersten Aprilwoche ein Viertel aller Beschäftigten im Homeoffice.

Eine ebenfalls gängige Annahme lautet, dass mehr Frauen als Männer Homeoffice praktizieren. Doch schon vor der Corona-Krise arbeiteten laut Statistischem Bundesamt 13 Prozent der Männer und 11 Prozent der Frauen im Homeoffice. Aktuell tun

dies der Mannheimer Studie zufolge sogar 27 Prozent der männlichen Beschäftigten und nur 23 Prozent der weiblichen Beschäftigten.

Durch das zusätzliche Home-schooling fühlen sich vor allem Mütter belastet, wie eine Studie der Universität Koblenz-Landau zeigt: 63 Prozent der Familien praktizieren täglich rund drei Stunden Home-schooling mit den Kindern – neben dem Beruf. Und es sind fast ausschließlich Mütter, die das Home-schooling durchführen. Dadurch sind Mütter nicht nur zeitlich stärker eingespannt als Väter, sondern aufgrund der entstehenden Konflikte leiden sie auch emotional stärker als ihre Partner, so die Wissenschaftler.

Unterschiede gibt es auch zwischen den routinierten und den frischgebackenen Homeoffice-Beschäftigten: Nur 17 Prozent der Homeoffice-Erfahrenen gaben an, (sehr) unzufrieden mit ihrer aktuellen Situation zu sein. Von den Neulingen hingegen sagten dies 25 Prozent. Dieser Befund klärt ein weiteres Missverständnis, nämlich, dass das Arbeiten von zu Hause ganz einfach sei. Denn damit Homeoffice gelingen kann, müssen einige Voraussetzungen erfüllt sein: Neben geeigneten Aufgaben ist dies ein gutes Selbst- und Zeitmanagement, digitale Fitness im Hinblick auf die eingesetzte Hard- und Software, Vertrauen der Führungskräfte und messbare Leistungen.

Trotz aller Widrigkeiten und pandemiebedingten Umstände: Die Akzeptanz von Homeoffice ist zuletzt deutlich gestiegen (Grafik Seite 14):

Fast ein Drittel der Beschäftigten beurteilt das Homeoffice jetzt

besser als vor der Pandemie, nur 6 Prozent sehen es kritischer.

Und rund 68 Prozent der Befragten, die für sich das Arbeiten im

Homeoffice prinzipiell für möglich halten, geben an, nach der Corona-Pandemie ihren Job häufiger von zu Hause aus erledigen zu wollen.

Jeder Vierte im Homeoffice

So viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland arbeiteten in der ersten Aprilwoche 2020 im Homeoffice



Befragung von 2.223 Erwerbstätigen zwischen dem 3. und 10. April 2020

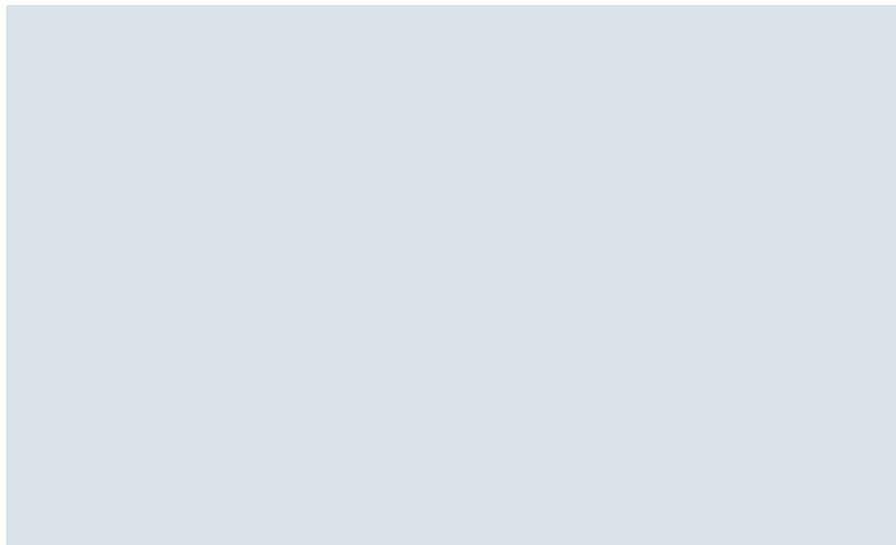
Quelle: Universität Mannheim
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

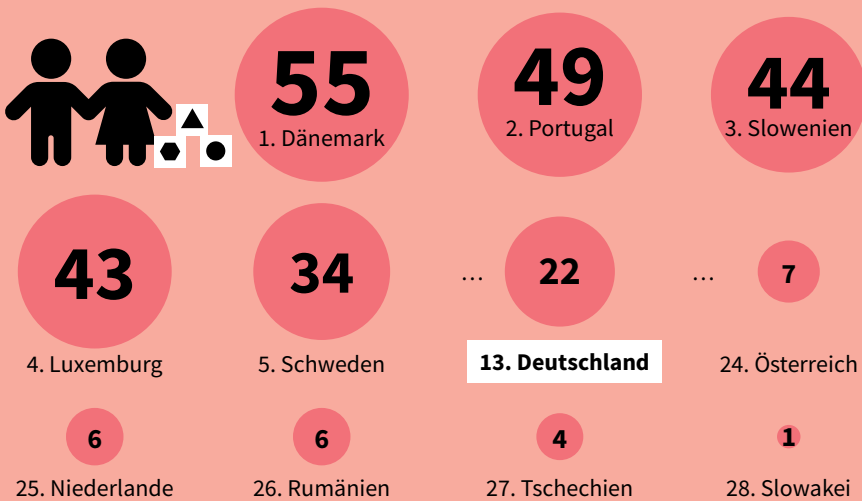


Top-Liste: Nanny-Notstand

Nachdem aufgrund der Corona-Pandemie in vielen Ländern Schulen und Kitas geschlossen wurden, öffnen nach den Schulen nun auch die Betreuungseinrichtungen für die Kleinsten wieder sukzessive. Dass dies vergleichsweise spät und sehr zögerlich geschieht, ist klar – denn wie will man Ein- und Zweijährigen Abstands- und Hygieneregeln vermitteln? Für viele junge Eltern sind das schwierige Zeiten, zumal wenn beide berufstätig sind. Vor Ausbruch von Covid-19 ließen vor allem dänische und portugiesische Familien ihre Kleinsten in größerem Umfang fremdbetreuen. In der Slowakei ist es dagegen völlig untypisch, ein Kind unter drei Jahren in fremde Obhut zu geben. Dort werden rund 80 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe ausschließlich von den Eltern versorgt – das ist EU-weit der höchste Wert.

Kinderbetreuung: Große Unterschiede bei den Kleinen

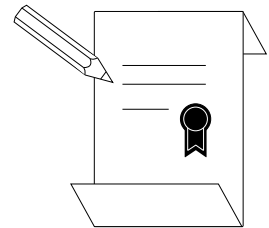
In der EU wurden 2018 so viel Prozent der Kinder unter drei Jahren wöchentlich mindestens 30 Stunden außer Haus betreut



Quelle: Eurostat
© 2020 IW Medien / iwd



Wissenschaftspreis Bürokratie



Bürokratien sollen sicherstellen, dass Gesellschaften und Organisationen Regeln folgen und nicht willkürlich agieren, sie schränken Bürger und Unternehmen aber auch in ihren Freiheitsrechten und Handlungsspielräumen ein. Wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit der Funktionsweise und Wirkung von Bürokratien auseinandersetzen, können sich nun um den zum vierten Mal ausgeschriebenen Wissenschaftspreis Bürokratie bewerben. Der vom IW-Gründungsleiter Fritz Hellwig gestiftete Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und wird im Mai 2021 verliehen. Weitere Informationen finden Interessenten unter: iwkoeln.de/buerokratiepreis-2021

Neu



Neu auf iwkd.de:

Medienkonsum boomt in Corona-Zeiten

Während des Lockdowns zur Eindämmung der Corona-Pandemie mussten sich die Bundesbürger vermehrt zu Hause beschäftigen. Als Konsequenz daraus stieg der Medienkonsum in Deutschland deutlich an. Welche Angebote davon besonders profitiert haben, lesen Sie auf iwkd.de.